

vorwärtsBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

SOLIDE BEZIRKSFINANZEN, STRATEGIEN GEGEN RECHTS UND DIE STADT DER WILLKOMMENSKULTUR

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß begrüßte die Delegierten diesmal auf einem „Arbeitsparteitag“. Rund 230 Anträge standen am 13. Juni auf der Tagesordnung des Landesparteitags im Interconti. Die SPD, so Stöß, bestimme die inhaltliche Debatte der Stadt.

Der friedenspolitische Leitantrag, der von der Projektgruppe in Mitte vorgestellt und einstimmig angenommen wurde, beschreibt den Ausbau der zivilen Krisenprävention und die Entwicklung einer ressortübergreifenden Strategie für Friedensförderung und Krisenprävention. Internationale Organisationen sollen gestärkt und ausgebaut werden. Es gehe um „Abrüsten, abrüsten“, so ein Sprecher der Projektgruppe. Der stellvertretende Landesvorsitzende Fritz Felgentreu wies auf die Notwendigkeit hin, die Debatte fortzusetzen.

In einer Resolution und mehreren Anträgen setzt sich die SPD für die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen ein. Statt Unterbringung in Tragflughallen und Turnhallen solle die Unterbringung in Wohnungen erfolgen, so Maja Lasic. Der Kitabesuch müsse möglich sein. Arbeitssenatorin Dilek Kolat setzte sich für verbesserte Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme ein. Ein großer Dank gelte den Berlinerinnen und Berlinern, die sich ehrenamtlich für die Geflüchteten einsetzen und die Willkommenskultur der Stadt prägen.

Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe sei das Herzstück des Antrags, so Susanne Kitschun bei der Einbringung der „Strategien gegen rechts in einer Stadt der Vielfalt“. Der Antrag sei nach einer intensiven Lageanalyse entstanden. Es gehe bei diesem Thema um mehr als die organisierte Rechte, es gehe allgemein um Fragen von Zugehörigkeit und Ausgrenzung. Zu den zahlreichen Maßnahmen gehören auch die Forderung nach verbessertem Opferschutz und einem Landesantidiskriminierungsgesetz.

Nach intensiver Diskussion in der Partei verabschiedete der Landesparteitag den Antrag „Starke Finanzen im Land und in den Bezirken“. Kernpunkt des Antrags sei es, die Bezirke auskömmlich zu finanzieren, so Iris Spranger, stellvertretende Landesvorsitzende und gemeinsam mit Torsten Schneider Leiterin der Arbeitsgruppe Bezirksfinanzen. Sie weist darauf hin, dass Haushaltskonsolidierung und politische Gestaltung miteinander in Einklang gebracht werden müssen. In einer wachsenden Stadt mit erheblichem Zuzug müsse auch der öffentliche Dienst mitwachsen. Ohne die Konsolidierungsanstrengungen der vergangenen Jahre gebe es die heutigen, zumindest kleinen Spielräume nicht, so Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen in seiner Rede.

Zum 125. Geburtstag würdigte der frühere DGB-Vorsitzende Michael Sommer den „Vater der Einheitsgewerkschaft“ Wilhelm Leuschner. Der kämpferische Gewerkschafter und Sozialdemokrat war von den Nazis 1944 wegen der Beteiligung am Attentat auf Hitler hingerichtet worden. Mit der Willy-Brandt-Medaille wurde Werner Ratajczak für sein Engagement für die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen von der Krim geehrt. Alle Beschlüsse unter parteitag.spd.berlin, alle Berichte unter spd.berlin. ■



In guter Tradition: Frank-Walter Steinmeier betonte auf dem Berliner SPD-Landesparteitag die Bedeutung von Entspannungspolitik und Dialog.

„IN DER TRADITION VON WILLY BRANDT“

Landesparteitag diskutierte Friedens- und Flüchtlingspolitik

Willy Brandts Erbe ist bei Frank-Walter Steinmeier in guten Händen“, stellte Berlins SPD-Landesvorsitzender Jan Stöß in seiner Eröffnungsrede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. Juni fest. Unter großem Beifall der Delegierten betonte der Bundesaußenminister die Notwendigkeit des Dialogs, auch wenn man sich dabei keinen Illusionen hingeebe.

Nicht nur im Ukraine-Konflikt gilt für Steinmeier: „Es kann keine militärische Lösung geben, sondern nur eine politische.“ Frieden müsse immer und überall hart erarbeitet werden, er falle nicht vom Himmel. Gespräche seien der „Anfang von etwas“. „Und in der Politik müssen wir wieder mehr Anfänge schaffen“, so Steinmeier. Eindringlich warb er für die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa und rief dazu auf, das große friedenspolitische Erbe von Willy Brandt anzunehmen. „Bei allem Licht und Schatten bin ich froh, in Regierungsverantwortung zu sein.“

Zuvor hatte der SPD-Landesvorsitzen-

de Jan Stöß umrissen, was die Berliner SPD in Regierungsverantwortung erreicht hat. Die SPD zeige, dass Konsolidieren und Investieren zusammen gehe. Jan Stöß nannte es eine riesige Leistung dieser Landespolitik, dass zwei Milliarden Euro Schulden zurückgezahlt werden konnten.

Bezahlbare Mieten bleiben ein zentrales Thema der SPD. Auch wenn man mit dem Mietenbündnis im Ziel übereinstimme, sage man klar, was nicht mitgetragen werden könne. Die beabsichtigten Regelungen seien teuer, nützten aber nur wenigen. Zudem dürften die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften nicht durch Umstrukturierungen zerschlagen werden. Stöß warb stattdessen für eine Privatisierungsbremse.

„Berlin hätte im Bundesrat gerne mit Ja gestimmt zur Ehe für alle“, stellte der SPD-Landesvorsitzende fest. Die CDU sei keine liberale Großstadtpartei. Die Berliner SPD habe großen Respekt dafür, mit welcher Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit Michael Müller für ein Ja gekämpft habe. ■ *uh*

AUS DER BERLINER SPD

AG Migration wählt. Nach der Wahl von Aziz Bozkurt zum Bundesvorsitzenden der AG Migration und Vielfalt in der SPD bewerben sich Daniela Kaya (Friedrichshain-Kreuzberg) und Marek Much (Mitte) um die Nachfolge im Landesvorsitz. Die Entscheidung trifft die Landesdelegiertenkonferenz am 1. Juli. **Berliner Stadtblatt online.** Die Juni-Ausgabe des Berliner Stadtblatts kann jetzt unter www.berliner-stadtblatt.de nachgelesen werden. Fünf Bezirksausgaben stehen zur Verfügung: Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Tempelhof-Schöneberg (TS-Aktuell) und Treptow-Köpenick (Spreekurier).

Spenden. Ohne das ehrenamtliche Engagement und die Beiträge ihrer Mitglieder könnte die Arbeit der Berliner SPD nicht so erfolgreich sein. Viele Projekte und Wahlkampfkampagnen lassen sich aber nur mit zusätzlichen Spenden verwirklichen. Online-Spenden sind unter www.spd.berlin/spenden möglich.

Trauer um Horst Renner. Am 16. Mai ist Horst Renner im Alter von 86 Jahren verstorben. Er prägte wesentlich die Wedding SPD mit. Als Baustadtrat setzte er zwischen 1971 und 1982 die von seinem Vorgänger Walter Nicklitz begonnene Flächensanierung im Wedding fort und sicherte Kleingartenflächen. Jahrzehntlang war Renner der Kopf der AWO im Wedding und später in Mitte. Der Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Marie-Juchacz-Plakette war auch Ehrenvorsitzender des AWO-Kreisverbandes Mitte.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

„MIETENPOLITIK, DIE ALLEN NUTZT“

Andreas Geisel: Steuermittel an den richtigen Stellen einsetzen

Die SPD bleibt die Berliner Mieterpartei. „Wir nutzen alle Möglichkeiten zur Mietdämpfung und Mietbegrenzung aus“, sagt Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. So gilt die Mietpreisbremse bei Neuvermietung in Berlin als erstem Bundesland bereits seit Anfang Juni. Die Kappungsgrenzenverordnung begrenzt die Möglichkeit zur Erhöhung von Mieten bei laufenden Verträgen. Das Zweckentfremdungsverbotsgesetz beendet den Ferienwohnungsboom. Zur dauerhaften Entlastung des Wohnungsmarktes setzt Andreas Geisel auf Neubau.

Bei den Initiatoren des Mietenvolksbegehrens will die SPD jetzt Überzeugungsarbeit leisten. Geisel: „Das Problem bei dem aktuellen Volksbegehren



Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel.

ist, dass es sehr teuer ist, ohne dass für die geforderte Summe ein Ausgleich benannt wird.“

Berlins Finanzsenator Matthias Kolatz-Ahnen rechnet mit Mehrkosten von 2,8 Mrd. Euro in den kommenden fünf Jahren, sollte die Initiative erfolgreich

sein. „Begünstigt würden damit etwa 80.000 Haushalte, denn die gewünschte Subvention betrifft nur die öffentlich geförderten Sozialwohnungen“, erläutert er.

Andreas Geisel: „Wir wollen diese Mieten kappen, also wirklich senken, aber mit einer sozialen Härtefallregelung, die all denen hilft, bei denen die Miethöhe rund 30 Prozent des Haushaltseinkommens übersteigt. Diese Mieter müssen dann nicht mehr bezahlen. In den Sozialwohnungen leben aber auch Mieter, die aufgrund ihres heutigen Einkommens keinen Wohnberechtigungsschein mehr bekommen würden. Hier muss man in der Härtefallregelung differenzieren, um sozial gerecht zu bleiben.“ ■ *vwb*

AUF DEM WEG ZUM WAHLPROGRAMM

2016 - BERLIN. GEMEINSAM LEBEN. NEUES GESTALTEN.

Unter dem Motto „Berlin. Gemeinsam Leben. Neues Gestalten.“ hat die Berliner SPD ihren Prozess zur Erstellung des Wahlprogramms für die Abgeordnetenhauswahl 2016 begonnen.

Insbesondere in den Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen werden bis zu den Sommerferien erste Themenpapiere erarbeitet, die eine wichtige Grundlage für das Programm bilden. Auf fünf Programmkonferenzen zu den Themen, die von den Mitgliedern Ende 2014 zu den wichtigsten erklärt wurden, diskutieren wir Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik und entwickeln Ziele für die nächsten Jahre. Dabei werden mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller, dem Landesvorsitzenden Jan Stöß und dem sozialdemokratischen Senatsteam unsere zentral



handelnden Personen ebenso eingebunden wie Expertinnen und Experten aus Unternehmen, Verbänden und Vereinen, die verschiedene Themen mit uns in Panels vertiefen.

Auf allen Programmkonferenzen werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch Thesen und Programmsätze bewerten und gewichten und so wichtige Anhaltspunkte an die Steuerungsgruppe für das Wahlprogramm unter der Leitung von Christian Gaebler

weiterleiten, die den ersten Textentwurf für das Programm bis Anfang 2016 erarbeiten wird.

Ein zentrales Element der Programm-erarbeitung ist die Beteiligung aller Mitglieder, die im Herbst 2015 per Fragebogen wichtige Leitlinien für das Wahlprogramm mitbestimmen werden. Damit macht die Berliner SPD erneut deutlich, wie stark sie auf die Mitbestimmung ihrer Mitglieder – insbesondere bei inhaltlichen Fragen – setzt.

Abgerundet wird die erste Phase der Programm-erstellung mit direkten Dialogmöglichkeiten für alle Mitglieder. Per E-Mail an programm@spd.berlin, aber auch im Rahmen von Chats, Aktionen bei Facebook und Twitter oder einer Telefonaktion. Wir freuen uns auf Eure Teilnahme an den Programmkonferenzen. ■ *Dennis Buchner*

PROGRAMMKONFERENZEN: DIE TERMINE

Zur Vorbereitung des Wahlprogramms lädt die Berliner SPD zu mehreren Programmkonferenzen. Den Auftakt machte die Konferenz „Berlin. Stadt der Vielfalt. Aufstieg gestalten.“ am 17. Juni. Der Überblick über die nächsten Termine:

„Soziales Berlin. Sicheres Berlin.“ Mittwoch, 08.07.2015, 18.00 Uhr (Einlass 17.30 Uhr), Park Inn Hotel, Alexanderplatz 7, 10178 Berlin, u.a. mit Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin, Boris Pistorius, SPD Innenminister Niedersachsen.

Anmeldelink: www.spd.berlin/pk-soziales-sicheres-berlin

„Berlin. Stadt der Arbeit.“ Mittwoch, 16.09.2015, 19.00 Uhr (Einlass 18.30 Uhr), Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin, u.a. mit Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin, Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen.

Anmeldelink: www.spd.berlin/pk-stadt-der-arbeit

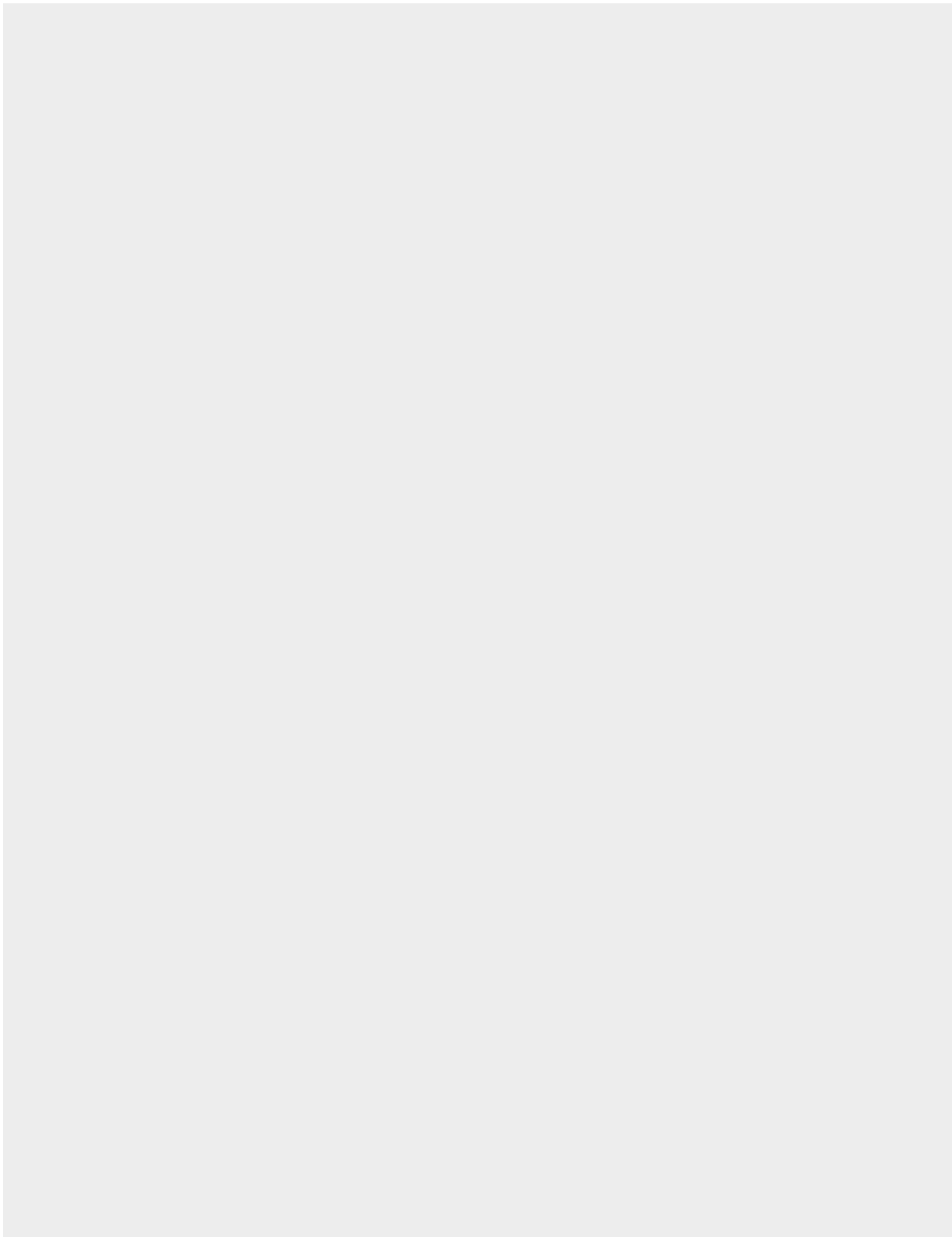
„Gut Leben in der wachsenden Stadt.“ Montag, 21.09.2015, 20 Uhr (Einlass 19.30 Uhr), Hotel MOA Berlin, Stephanstr. 41, 10559 Berlin, u.a. mit Michael Müller, Regierender Bürgermeister von

Berlin, Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin, Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt.

Anmeldelink: www.spd.berlin/pk-gut-leben-in-der-wachsenden-stadt

„Bildung für Berlin. Eine Stadt für Alle.“ Mittwoch, 07.10.2015, 18.30 Uhr (Einlass 18.00 Uhr), TU Lichthof, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin, u.a. mit Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin, Sandra Scheeres, Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft.

Anmeldelink: www.spd.berlin/pk-bildung-fuer-berlin ■



TERMINE

Menschen, Sonne und Tzatziki - unter diesem Motto lädt die AG Migration und Vielfalt Steglitz-Zehlendorf am 2. Juli ab 17 Uhr zum Sommerfest des Netzwerks Integration Südwest e.V. in das Griechische Kulturzentrum, Mittelstraße 33, 12167 Berlin.

Ausstellung Dora Koch-Stetter und Fritz Koch-Gotha.

Werke aus fünf Generationen einer Künstlerfamilie, die in Berlin und Ahrenshoop zu Hause war, sind noch bis zum 14. Juli 2015 in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, zu sehen. Die künstlerische Bandbreite der Familie reicht von Gemälden und Zeichnungen über Keramik bis hin zu Illustration und Design. Öffnungszeiten: Mi, Do, Fr, 16 - 18 Uhr



Magnus-Hirschfeld-Preis: Preisträger und Jury nach der Verleihung.

„MUT BEWIESEN“ Queer-Sozis verliehen den Magnus-Hirschfeld-Preis

Zum 5. Mal ist Mitte Mai bei einer kleinen Gala der Magnus-Hirschfeld-Preis der Queer-Sozis und der SPD Berlin verliehen worden. Der Preis, der an den Sozialdemokraten und Mitbegründer der ersten Homosexuellen-Bewegung der Welt Magnus Hirschfeld erinnert, ging an Conny Hendrik Kempe-Schälicke, Gründungsmitglied und Vorstandsmitglied des Sportvereins „Seitenwechsel“ für FrauenLesbenTrans* Inter* und Mädchen. Den Preis in der Kategorie Institution/Projekt erhielt das

Schwule Museum in der Tiergartener Lützowstraße 73.

Mut gehöre auch heute dazu, sich im Geiste von Magnus Hirschfeld für gleiche Rechte einzusetzen, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Dies gelte insbesondere in Berlins Partnerstädten Budapest, Moskau oder Istanbul. Staatssekretärin Barbara Loth wies auf die noch immer ungelöste Frage der Rehabilitation von Opfern des Paragraphen 175 hin. Hier werde das Land Berlin einen erneuten Vorstoß unternehmen. ■ vwb

SPD INKLUSIV

Das Ziel: Eine Partei ohne Barrieren

Die SPD, die für Teilhabe und Partizipation kämpfe, sei in besonderer Weise verpflichtet, allen ihren Mitgliedern einen barrierefreien Zugang zu ermöglichen, so SPD-Landesgeschäftsführer Dennis Buchner. Gemeinsam mit der AG Selbst Aktiv und den Jusos Mitte hatte er Anfang Juni zum Erfahrungsaustausch über die barrierefreie Partei eingeladen.

Manche Anregung aus der Runde lässt sich ganz ohne Zusatzkosten verwirklichen. So etwa der rechtzeitige Versand von Einladungen, denn die Reservierung beim Sonderfahrdienst müssen RollstuhlfahrerInnen rund vierzehn Tage vor dem Termin beantragen. Oder auch der Blick darauf, dass das Buffet beim Abteilungs-Sommerfest auch für Rollstuhlfahrer erreichbar ist.

Jede Behinderung sei anders, die Bedarfslage müsse im Einzelfall geklärt werden, stellte Juliane Binder, stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fest. Mit einem Fragebogen hatte die AG vor einem Jahr bereits die Erfahrungen zur Barrierefreiheit in der Partei abgefragt.

Viele Veranstaltungsräume und auch etliche Bürgerbüros sind nicht barrierefrei. Hier müssten Rampen angeschafft werden, mit denen sich zumindest zwei

ARGUMENTE WIDER DIE DUMMHHEIT!

Egal ob am Infostand, im Gespräch beim Sommerfest oder beim Plausch mit dem Nachbarn, es kommt immer wieder vor, dass wir Parolen gegen Flüchtlinge und Menschen nicht-deutscher Herkunft hören.

Da hört man dann Sätze wie: „Ich bin kein Nazi, aber ich darf wohl noch sagen, was ich denke“. Oder auch: „Die bekommen alles in den Hals gesteckt“. Zugegeben, da vergeht einem mitunter die Lust etwas zu erwidern. Aber dennoch lohnt es sich, wider die Dummheit zu argumentieren und solche Sätze nicht einfach unwidersprochen im Raum stehen zu lassen.

Für solche und ähnliche Ressentiments hat der SPD-Landesverband einen kleinen Argumentationsleitfaden für Mitglieder herausgegeben. Darin sind Daten und Fakten für die Erwidrung aufgeschrieben, die eine Stütze sein können im Gespräch. Klein und handlich kann der „Leitfaden“ zu jedem Infostand mitgenommen werden.

Bei Interesse bitte einfach eine kurze E-Mail an spd@spd.berlin schicken oder den Leitfaden telefonisch bestellen unter 4692 222. ■ JoS

Ein AWO-Herz hat aufgehört zu schlagen.

Wir trauern um unseren Ehrenvorsitzenden

Horst Renner

* 12. März 1929 † 16. Mai 2015

Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse
Träger der Marie-Juchacz-Plakette

In seinem jahrzehntelangen Wirken hat er Bleibendes geschaffen und mit seinem Lebenswerk Maßstäbe gesetzt. Voller Dankbarkeit verneigen wir uns vor einem großartigen Menschen und Freund.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Im Namen der AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V.

Manfred Nowak
Kreisvorsitzender

Snežana Prvulović-Hummel
Geschäftsführerin

Angelika Rix
Geschäftsführerin

Die Beisetzung erfolgte im engsten Familienkreis.

Statt freundlich zugedachter Blumen bitten wir um eine Spende zugunsten der AWO Tagespflege „Sommergarten“, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN DE37 1002 0500 0001 2373 08, Stichwort: Horst Renner.



Wie können Barrieren abgebaut werden? Erste Gesprächsrunde im Kurt-Schumacher-Haus.

Stufen überwinden lassen. Um Gehörlosen eine bessere Teilhabe zu ermöglichen, ist der Einsatz von GebärdendolmetscherInnen nötig, deren Finanzierung allerdings eine Abteilung schnell überfordern könnte. Dennis Buchner warb dafür, entsprechende Regelungen in das Bundesteilhabegesetz aufzunehmen, um auch ein regelmäßiges Engagement in Bürgerinitiativen, Vereinen und Parteien zu ermöglichen. Angeregt wurde zudem, in den Abteilungen und Kreisen Ansprechpartner für die Belange Behinderter zu haben.

Juliane Binder erinnerte zum Schluss an die Bedeutung des Namens der Arbeitsgemeinschaft „Selbst aktiv“. Es gehe nicht darum, Wunschlisten zu verfassen. „Jeder muss selbst aktiv werden.“ ■ uh